

Der Fünfjahresplan steht

Worauf sich Grüne und CDU in Baden-Württemberg geeinigt haben

Von Ulrich Mendelin
und Agenturen

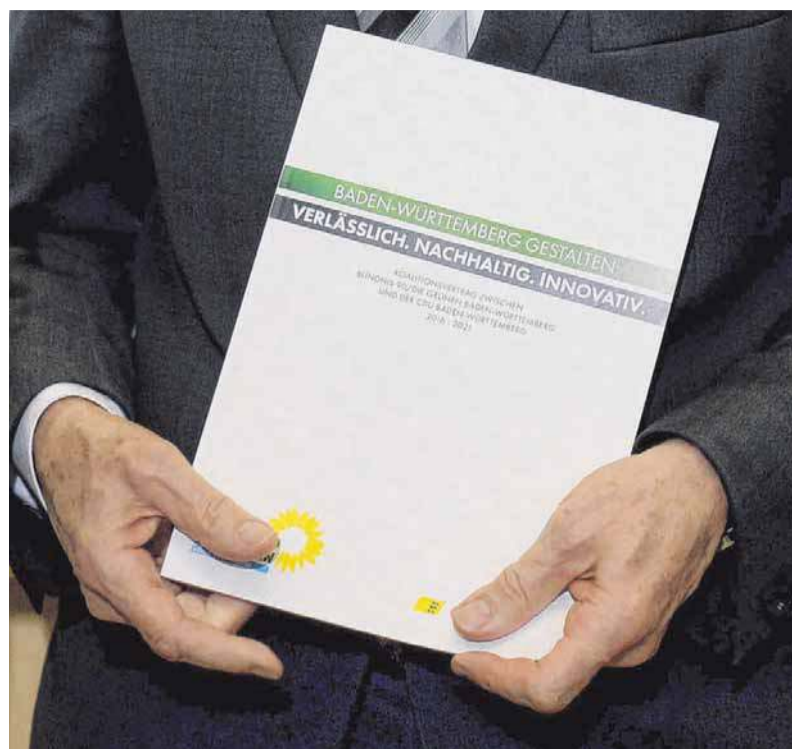
RAVENSBURG - 140 Seiten stark ist der Entwurf für den Koalitionsvertrag, den Grüne und CDU am Montag in Stuttgart vorgestellt haben. Viel Geld fließt in Digitalisierung, Verkehr, Hochschulen und die Polizei. Gespart wird unter anderem bei den Beamten. Einzelheiten aus dem grün-schwarzen Pakt im Überblick:

• **Haushalt und Schulden:** „Solide wirtschaften – Haushalt sanieren“ – dieses Kapitel haben die Koalitionspartner nicht zufällig an den Anfang ihrer Übereinkunft gestellt. Das Ziel, die Schulden des Landes so schnell wie möglich abzubauen, war unumstritten. Ausdrücklich bekennen sich die künftigen Koalitionäre zur Schuldenbremse – ab 2020 darf das Land keine neuen Schulden machen. Diese Vorgabe wollen CDU und Grüne als symbolischen Akt sogar in der Landesverfassung festschreiben. Allerdings ist es nach den Worten von CDU-Verhandlungsführer Thomas Strobl aufgrund der „prekären Haushaltslage“ des Landes nicht ausgeschlossen, dass 2017 noch einmal neue Kredite aufgenommen werden. Das jährliche Sparziel beziffern Grüne und CDU auf 1,8 Milliarden Euro pro Jahr.

Um dennoch Geld für Investitionen übrig zu haben, soll bei den Personalkosten gekürzt werden, also bei den Landesbeamten. „Wie wir das im Einzelnen machen, muss man im Laufe der Haushaltsberatungen sehen“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) dazu.

• **Digitalisierung:** Mit rund 320 Millionen Euro soll das schnelle Internet im Verlauf der Legislaturperiode ausgebaut werden. „Baden-Württemberg soll digitales Musterland werden“, sagt Strobl, in dessen Zuständigkeit der Bereich künftig fallen soll. Der Anschluss von Industriegebieten und Schulen ans Glasfasernetz soll Vorrang haben.

• **Sicherheit:** Jährlich 15 Millionen Euro mehr werden im Haushalt für die Polizei bereitgestellt. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen 1500 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Hinzu kommen weitere 100 Millionen Euro, mit denen die technische Ausrüstung der Polizei modernisiert werden soll. Die von den Grünen gewünschte



Druckfrisch: der grün-schwarze Koalitionsvertrag.

FOTO: DPA

Kennzeichnungspflicht für Polizisten, die schon unter Grün-Rot auf die lange Bank geschoben worden war, kommt nicht. Wohl aber der ebenfalls von Grün-Rot auf den Weg gebrachte Bürgerbeauftragte, der auch Beschwerden über Fehlverhalten von Polizisten entgegennehmen soll. Die Polizeireform soll evaluiert werden. Dadurch könnte sich am Durchschnitt der Polizeipräsidien noch etwas ändern – etwa in Oberschwaben, wo es Unmut darüber gab, dass die Region dem ungünstig gelegenen Präsidium Konstanz zugeordnet wurde.

Das nächtliche Verkaufsverbot für Alkohol fällt. Stattdessen bekommen Kommunen künftig die Möglichkeit, den Konsum von Alkohol räumlich oder zeitlich begrenzt zu verbieten. Die Kommunen hatten sich gewünscht, so auf Brennpunkte für öffentliche Trinkgelage reagieren zu können.

• **Bildung:** Die Schulpolitik ist einer der am heftigsten umstrittenen Themenbereiche zwischen Grünen und CDU. An der christdemokratischen Parteibasis gibt es nach wie vor Unmut über Kompromisse in Sachen Gemeinschaftsschule. „Kommunen können weiterhin Anträge auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule stellen“, heißt es nun aber mit Blick auf die unter Grün-Rot neu einge-

führte Schulform – vorausgesetzt, eine Zweizügigkeit sei dauerhaft möglich. Bis zu zehn Gemeinschaftsschulen sollen zudem eine gymnasiale Oberstufe bekommen.

Die Realschule soll deutlich besser ausgestattet werden. Am Ende der Legislaturperiode soll die Zahl der Poolstunden – also die Verfügungsstunden für die individuelle Förderung von Schülern – die gleiche Zahl erreichen wie an den Gemeinschaftsschulen. Die CDU hatte im Wahlkampf darauf gedrängt, eine „Privilegierung der Gemeinschaftsschule“ zu beenden.

Zum Gymnasium heißt es, dieses „ist und bleibt eine tragende Säule der Schullandschaft in Baden-Württemberg“. Ein Wahlrecht zwischen dem acht- und dem neunjährigen Gymnasium (G8/G9), wie von der CDU gefordert, wird es weiterhin nicht geben. Die 44 Modellschulen für G9 werden unverändert weitergeführt.

An der Grundschule werden die Fächer Deutsch und Mathematik um je zwei Stunden gestärkt. Ausdrücklich festgehalten wird, dass die Schüler lernen sollen, Schreibschrift zu schreiben. Die verbindliche Grundschulempfehlung wird nicht wieder eingeführt. Es wird weiter eine Grundschulempfehlung geben, die die Eltern jetzt aber beim Übergang der weiterführenden Schule vorle-

gen müssen. Diese kann, wenn Empfehlung und Elternwunsch nicht übereinstimmen, die Eltern zu einem verbindlichen Beratungsgespräch bitten.

• **Arbeit:** Das von Grün-Rot beschlossene Bildungszeitgesetz, Herzsanliegen der SPD und Ärgernis für die Arbeitgeber, soll in den kommenden zwei Jahren novelliert werden.

• **Familie:** Junge Familien, die ihre Kinder im letzten Jahr vor der Grundschule in den Kindergarten schicken, sollen monatlich mit 75 Euro unterstützt werden. Dazu führt das Land einen „Kinderbildungspass“ ein. Ein Landesbetreuungsgeld nach bayerischem Vorbild, wie von der CDU im Wahlkampf gefordert, wird es nicht geben.

• **Energie:** Die Windenergie soll weiter ausgebaut werden. Die Genehmigung bleibt Sache der Kommunen – und wird nicht wie früher unter CDU-geführten Regierungen Sache der Regionalverbände. Die Städte und Gemeinden entscheiden damit auch über den Mindestabstand der Windräder zur Wohnbebauung. Sie sollen die Möglichkeit haben, einen Abstand von „1000 Metern oder mehr“ festzulegen. Gesetzlich gilt ein Abstand von 700 Metern.

• **Asyl:** Die Regelungen zur Asylpolitik – subsumiert im Kapitel zur Sicherheit – sehen eine Beschleunigung der Verfahren vor. Asylbewerber ohne Bleibeperspektive sollen in den Erstaufnahmehäusern bleiben statt auf die Kommunen verteilt zu werden. Die grün-roten Pläne für eine Sachleistungskarte, die bisherige Barzahlungen an Asylbewerber ersetzen soll, werden weiter verfolgt.

• **Wahlrecht:** Die Koalitionspartner sprechen sich für eine Änderung des Wahlrechts aus. Künftig soll es ein personalisiertes Verhältniswahlrecht geben. Das heißt, die Parteien bekommen über eine Landesliste mehr Einfluss auf die Aufstellung der Kandidaten – zusätzlich zu den Wahlkreiskandidaten. Von einer Zweitstimme ist aber nicht die Rede.

Der komplette Entwurf für den Koalitionsvertrag: schwaebische.de/koalition

Öney sieht Ende des Integrationsressorts als Erfolg der CDU

STUTTGART (lsw) - Integrationsministerin Bilkey Öney (SPD) sieht in der Auflösung ihres Ministeriums einen Erfolg der CDU. „Es war das erklärte Ziel der CDU, das Integrationsministerium abzuschaffen“, sagte Öney am Montag. Die CDU habe ihr zu Beginn ihrer Amtszeit als Ministerin zu verstehen gegeben, dass sie zurück nach Berlin gehen solle – für Öney ein Zeichen fehlenden Interesses am Thema Integration. Nun fällt der Teilbereich Migration wohl in die Zuständigkeit des Innenministers.



Bilkey Öney

FOTO: DPA

Die CDU wehrt sich gegen die Vorwürfe. „Wir verstehen Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe, die alle wesentlichen Lebensbereiche berührt“, sagte der integrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Bernhard Lasotta. Öney sagte, sie wolle sich nicht einmischen, wie die Regierung Ressorts verteilt. „Letztendlich kommt es auf Engagement, Fleiß und Ideen an. Wer das nicht hat, kann auch mit einem großen etablierten Haus nichts bewirken.“ Öney hat mit dem Integrationsministerium unter anderem die Erstaufnahme von Flüchtlingen organisiert. „Um die schwierige Aufgabe in schwierigen Zeiten wurde ich nicht beneidet“, sagte Öney. „Ich hatte auch den Eindruck, dass manche froh waren, diese Verantwortung in der Flüchtlingskrise nicht tragen zu müssen.“

Schon ein Stück Normalität

Reaktionen in Berlin auf das grün-schwarze Bündnis

Von Sabine Lennartz

BERLIN - Nach dem Wahlschock für CDU und SPD haben sich die Gemüter beruhigt. Selbst im Adenauer-Haus scheint der Gedanke an Grün-Schwarz in Baden-Württemberg schon als Stück Normalität hingenommen zu werden. Das Farbenspektrum, die Zahl der möglichen Koalitionen wird größer, und die größten Sorgen gelten parteiübergreifend dem Erstarken der AfD. Auch in der CDU-Zentrale sind deshalb bange Blicke eher auf die neue Protestpartei gerichtet als auf das Bündnis in Stuttgart. Auch wenn man sich auf Schwarz-Grün vorbereitet hatte, wird die umgekehrte Kombi auf der einen Seite zwar als Schmach empfunden, kommt der CDU-Spitze aber auch nicht ganz unangelegentlich. Zeigt solch ein Bündnis doch, dass die demokratischen Parteien sich zusammenraufen können – und vielleicht auch nächstes Jahr im Bund in umgekehrter Weise – als Schwarz-Grün – möglich sein könnte.

In der CDU äußert man sich nicht groß zum Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg – auf Nachfrage wird mit etwas Zähneknirschen die CDU-Handschrift gelobt. In umgekehrter Folge kann man sich dagegen sehr gut auch öffentlich für ein solches Bündnis erwärmen: Der CDU-Vize Volker Bouffier, der Hessen Schwarz-Grün regiert, sieht Chancen für eine schwarz-grüne Koalition 2017 auf Bundesebene. „Bleiben wir in Hessen weiter erfolgreich, und entwickelt auch Baden-Württemberg genügend Strahlkraft, wird eine schwarz-grüne Koalition auf Bun-



„Ich bin sehr gespannt, ob dieses neue Bündnis konstruktiv zusammenarbeiten kann“, sagt SPD-Generalsekretärin Katarina Barley zu Grün-Schwarz.

FOTO: DPA

desebene zumindest nicht unwahrscheinlicher“, sagte der hessische Ministerpräsident der „Welt am Sonntag“. Falls Schwarz-Grün im Bund rechnerisch möglich sei, hänge ein Bündnis aber auch vom Maß inhaltlicher Übereinstimmungen ab.

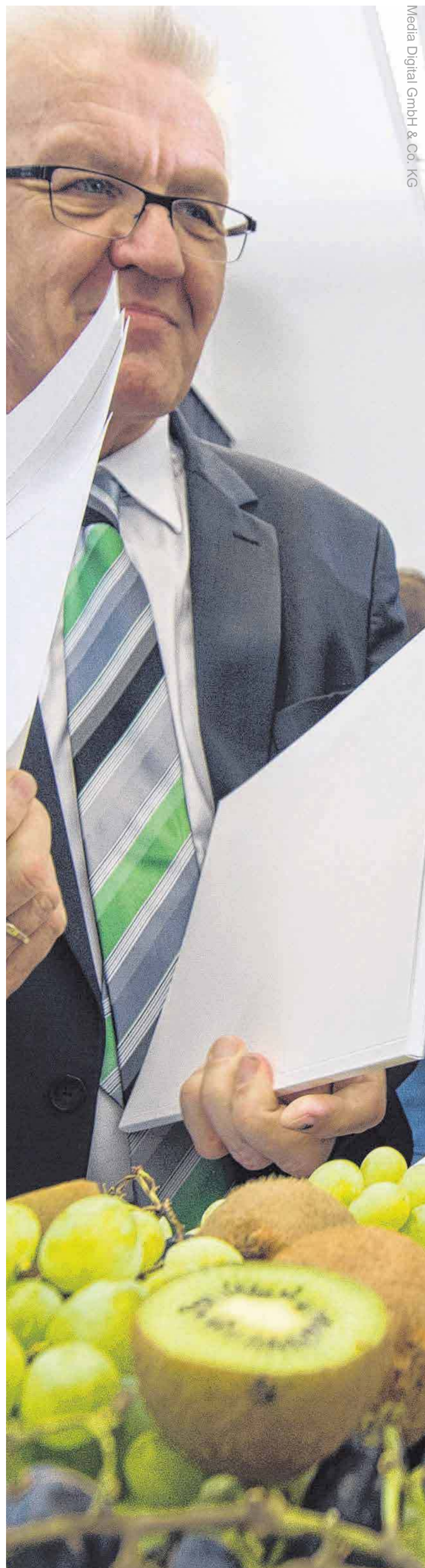
SPD: großer Spagat nötig

Im Willy-Brandt-Haus in Berlin verfolgt man mit Interesse, wie sich Grün und Schwarz in Baden-Württemberg zusammenraufen werden. „Ich bin sehr gespannt, ob dieses neue Bündnis konstruktiv zusammenarbeiten kann. Damit sich die CDU einem grünen Ministerpräsidenten unterordnet – noch dazu in einem ehemaligen Stammland – ist schon ein großer Spagat nötig“, sagt SPD-Generalsekretärin Katarina Barley. Sie richtet den Blick noch einmal zurück und erinnert an die Ver-

dienste ihrer eigenen Partei in Baden-Württemberg, die bei den Landtagswahlen so erfolglos war. Zu Unrecht, wie die SPD findet. „Für uns ist klar, dass die Reformen, die unter der letzten Regierung angestoßen und umgesetzt wurden, jetzt nicht zurückgenommen werden dürfen. Baden-Württemberg hat unter Grün-Rot einen gewaltigen Schritt hin zu einem modernen Land getan. Das darf jetzt nicht aufs Spiel gesetzt werden“, sagt Barley.

Auch bei den Grünen tun sich nicht alle leicht mit dem neuen Bündnis im Südwesten. Die Bundesvorsitzende Simone Peter, die nicht gerade als engste politische Freundin von Winfried Kretschmann gilt, spricht von einem „Arbeitsbündnis, keine Wunschkoalition“.

Noch nicht absehbar sind in Berlin die Auswirkungen der neuen Kombination auf den Bundesrat. In 16 Bundesländern gibt es jetzt schon elf verschiedene Koalitionsvarianten, und die Zeiten, als sich alle Länder hinter A-Länder (SPD-geführte Länder) und B-Länder (CDU-geführte Länder) einordneten, sind lange vorbei. Am häufigsten ist nach wie vor die SPD in Landesregierungen vertreten. Doch im Willy-Brandt-Haus rechnet man nicht mit allzu großen Änderungen in der Stimmabgabe von Baden-Württemberg. Ein so starkes Land wie Baden-Württemberg müsse in der Länderkammer in der Regel zu einer Meinung kommen, heißt es. Da könne der kleinere Partner, die CDU, nicht alles blockieren. Es gilt allerdings die Regel, dass sich ein Land enthält, wenn keine einvernehmliche Linie da ist.



Im Zeichen der Kiwi: Der bisherige und vermutlich auch künftige baden-württembergische Ministerpräsident Thomas Strobl sind die Galionsfiguren der neuen grün-schwarzen Landesregierung. SPD-Generalsekretärin Katarina Barley ist im Stuttgarter Landtag Kretschmann zum Ministerpräsidenten wähle-



ische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne, links) und der CDU-Landesregierung, der Farbgebung wegen auch Kiwi-Koalition genannt. Am 11. Mai wollen

FOTO: DPA

Nachgefragt

„Eine klare grüne Handschrift“

Simone Peter sieht Fortsetzung der ökologischen Modernisierung

BERLIN - Das Herz von Grünen-Chefin Simone Peter schlägt nicht für Grün-Schwarz, auch wenn sie selbst als Umweltministerin im Saarland schon in einer Jamaika-Koalition regiert hat. Im Interview mit Sabine Lennartz spricht Peter von einer Arbeitskoalition.

Frau Peter, der grün-schwarze Koalitionsvertrag steht. Wie viel Grün ist drin?

Der Vertrag trägt eine klare grüne Handschrift. Es geht weiter in Richtung ökologische und soziale Modernisierung. Das ist für ein wirtschaftsstarkes Land wie Baden-Württemberg eine große Chance. Der Koalitionsvertrag enthält klare Bekenntnisse zum Klimaschutz, zur Energiewende und zur ökologischen Landwirtschaft. Der nachhaltige Verkehr spielt eine Schlüsselrolle, mit der Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie des Rad- und Fußverkehrs. Für den Straßenbau gilt „Erhalt vor Neubau“, das ist eine wichtige Ansage für die Verkehrspolitik in Bund und Ländern. Auch in der Bildung haben wir viel erreicht - von der frühkindlichen Bildung bis zu den Hochschulen. Kinder sollen von Anfang an beste Chancen erhalten durch gute Kitas, mehr Gemeinschaftsschulen und ein flächendeckendes Angebot an Kinder- und Familienzentren.

Hält diese Koalition fünf Jahre?

Ich setze darauf. Baden-Württemberg braucht eine stabile und verlässliche Regierung, gerade angesichts der erstarkenden Werte der AfD. Wir regieren ja auch nicht zum ersten Mal in einer Koalition mit der CDU. Wenn Winfried Kretschmann mit seiner Richtlinienkompetenz das Bündnis weiter so gut führt wie zuvor Grün-Rot, bin ich zuversichtlich.



FOTO: DPA

„Wenn Winfried Kretschmann mit seiner Richtlinienkompetenz das Bündnis weiter so gut führt wie zuvor Grün-Rot, bin ich zuversichtlich“, sagt Grünen-Chefin Simone Peter.

Sind genug Frauen in der neuen Regierung?

Das lässt sich erst beurteilen, wenn die Ressortverteilung vorgenommen ist. Natürlich hängt das immer auch davon ab, wer für welches Amt zur Verfügung steht. Aber wir Grüne treten immer für mehr Frauen ein - auf allen Ebenen der Politik.

Hat die neue grün-schwarze Koalition in Stuttgart für Sie Modellcharakter?

Nein. Grün-Schwarz war für keinen der beiden Partner ein Wunschbündnis. Es ist eine Arbeitskoalition, die den Wählerauftrag hat, fünf Jahre ordentlich zu regieren. Wir Grüne sind jetzt in zehn Bundesländern an der Regierung beteiligt, meistens mit der SPD, zweimal mit der CDU. In Sachsen-Anhalt regieren wir in einer „Kenia“-Koalition, in Thüringen Rot-Rot-Grün. Der grüne Faden sind dabei immer unsere Inhalte: eine Politik für Klimaschutz, Weltoffenheit und Gerechtigkeit.

„Eine Koalition des Aufbruchs“

Frauen-Union-Vorsitzende Annette Widmann-Mauz zu Grün-Schwarz

RAVENSBURG - Ist der Koalitionsvertrag aus Sicht der CDU mit genug „schwarzer Tinte“ geschrieben? Für Annette Widmann-Mauz (CDU) ist das so. Mit der parlamentarischen Staatssekretärin im Gesundheitsministerium und Bundesvorsitzenden der Frauen-Union sprach Markus Riedl.

Wie viel Schwarz steckt im Koalitionsvertrag?

Bei zwei fast gleich starken Partnern steckt natürlich auch fast gleich viel Tinte in der jeweiligen Farbe drin. Und damit ist klar, es ist auch sehr viel schwarz enthalten. Wichtig ist, dass nicht nur Bekanntes nebeneinander, sondern auch Neues zu Wege gebracht wurde. Nehmen wir das Thema Nachhaltigkeit. Das gilt nicht nur beim Naturschutz, sondern auch bei den Finanzen. Die Schuldenbremse soll in die Landesverfassung, es werden nur Projekte geplant, die abgesichert sind. Dazu gehen wir auch den steinigem Weg der Konsolidierung.

Sind genug Frauen in einem künftigen Kabinett vertreten?

Beiden Partnern ist bewusst, was die Bevölkerung von ihnen erwartet. Wir leben im Jahr 2016 und gemischte Teams sind heutzutage selbstverständlich. Nicht nur die Frauen Union fordert seit Längerem die Hälfte der Kabinettsposten für Frauen. Auch die CDU hat sich diese Forderung vor der Wahl zu Eigen gemacht. Die Beschlüsse jetzt umzusetzen, ist eine Frage der Glaubwürdigkeit.

Hält die Koalition fünf Jahre lang?

Die Koalition kann eine des Aufbruchs sein. Würden wir so weiter machen wie Nils Schmid als Finanzminister und fünf Jahre weiter Schulden machen, dann würde es schwierig. Aber wir konsolidieren und in-



FOTO: MICHAEL BOLLENBACHER

„Eine Frage der Glaubwürdigkeit“: Annette Widmann-Mauz wünscht sich mehr Frauen im Landeskabinett.

vestieren - etwa bei Infrastruktur, den Hochschulen und den Krankenhäusern. Auch bei der inneren Sicherheit nehmen wir angesichts von 1500 zusätzlichen neuen Polizeistellen richtig Geld in die Hand. Wir investieren aber auch in Familien, etwa mit dem Kinderbildungspass. Das ist eine echte familienpolitische Leistung von 900 Euro pro Jahr. Wir wollen mit den Investitionen auch die Innovationskraft in den Köpfen stärken. Dieses Projekt wird gelingen.

Kann es ein Modell für andere Länder oder den Bund werden?

Dazu muss es sich zunächst beweisen und am Ende werden es die Wählerinnen und Wähler bewerten. Deshalb kann ich das so noch nicht feststellen und wir wollen ja auch den kommenden Parteitag nicht vorgegreifen. Die Zusammenarbeit soll aber in einem guten Miteinander erfolgen. Und sollte es am Ende ein Modell sein, dann aber in jedem Fall unter anderen Vorzeichen - nämlich als Schwarz-Grün.

Grün-schwarze Zuversicht in der Region

Was Politiker aus dem Südwesten über den Koalitionsvertrag sagen

Von Michael Hescheler, Sabine Lennartz und Anja Reichert

RAVENSBURG - Eine solide Arbeitsgrundlage, ein gutes Dokument, eine gute Lösung - Politiker aus der Region zeigen sich mit dem Koalitionsvertrag zufrieden. Egal, ob Teil der Verhandlungen oder Beobachter, es herrscht weitgehend grün-schwarze Einigkeit und Zuversicht in der Region.

„Ich finde, dass es sich bei diesem Koalitionsvertrag um ein realpolitisches Meisterwerk handelt - von zwei Parteien, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind und dieser Verantwortung in zukunftsfähiger Form gerecht werden wollen“, teilt **Manfred Lucha**, Grünen-

Landtagsabgeordneter aus Ravensburg, auf Anfrage der „Schwäbischen Zeitung“ mit. „Der grün-schwarze Koalitionsvertrag, der heute bekanntgegeben wurde und am Wochenende beschlossen werden soll, ist eine solide und tragfähige Arbeitsgrundlage für die kommenden fünf Jahre“, meint der Aaleener Landtagsabgeordnete und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende **Winfried Mack**. Die CDU finde sich in diesem Vertrag sehr deutlich wieder. „Wir haben über Wochen stark verhandelt.“ So gebe es in der Bildungspolitik kein „Weiter so“. Das „Zwei-Säulen-System“ sei wieder aufgegeben worden, und die vielfältige Bildungslandschaft bleibe erhalten.



Manfred Lucha

„Nun sei es die Pflicht der Koalition, den Wählerwillen zu realisieren: „Die CDU ist die zweitstärkste Kraft, und das ist der Wunsch der Wähler.“ Dass gerade das Ressort Landwirtschaft an die CDU ging, bedauert **Maria Heubuch**. Gerade das sei eine Stelle, wo es schwierig werden könnte. „Wir hatten hier die CDU bisher nicht an unserer Seite. Es wird sich zeigen, wie sich das gestalten lässt.“ Doch trotz möglicher Schwierigkeiten, ist sie optimistisch: Das Regieren könne

Auch **Raimund Haser**, CDU-Landtagsabgeordneter im Wahlkreis Wangen-Iltert, betont, dass gerade im Bereich Schule und Bildung mit dem Vertrag eine Vorlage geschaffen worden sei, auf der man mit allen Partnern „Schulfrieden zimmern“ könne. „Ich bin im Großen und Ganzen zufrieden mit dem, was raus gekommen ist“, so Haser. Die Verteilung der Ressorts hält er „aus CDU-Sicht angesichts des Wahlausgangs“ für akzeptabel. Allerdings wäre **Nicole Razavi** (CDU) seiner Meinung nach „eine deutlich bessere Verkehrsministerin“. Aber man müsse in der Politik Kompromisse eingehen.



Raimund Haser

Kompromisse, die auch die Grünen sehen: „Wir haben uns eine andere Koalition gewünscht. Das ist allen klar. Aber ich glaube, dass man unter den Voraussetzungen, intensiv um gute Lösungen gerungen hat“, sagt **Maria Heubuch**, Grünen-Europaabgeordnete. Nun sei es die Pflicht der Koalition, den Wählerwillen zu realisieren: „Die CDU ist die zweitstärkste Kraft, und das ist der Wunsch der Wähler.“ Dass gerade das Ressort Landwirtschaft an die CDU ging, bedauert **Maria Heubuch**. Gerade das sei eine Stelle, wo es schwierig werden könnte. „Wir hatten hier die CDU bisher nicht an unserer Seite. Es wird sich zeigen, wie sich das gestalten lässt.“ Doch trotz möglicher Schwierigkeiten, ist sie optimistisch: Das Regieren könne



Maria Heubuch

genauso gut gelingen wie in der vorigen Koalition. Auch **Jürgen Filius**, Grünen-Landtagsabgeordneter aus Ulm, spricht davon, dass es „schmerzlich“ sei, dass man das Landwirtschaftsministerium nicht halten konnte. „Dafür ist das Finanzministerium dazugekommen, das ein entscheidendes Ministerium ist“, so Filius. „Deswegen kann ich mit dem Tableau gut leben.“ Er wolle auf der Regionalkonferenz dafür werben, dass eine große Mehrheit dem Koalitionsvertrag zustimmt. Aus grüner Sicht könne man überhaupt sehr zufrieden sein, da die grüne Handschrift sichtbar und lesbar sei. Er sehe zwar gute Zukunftsperspektiven, sagt aber auch, dass er den geplanten Kinderbildungspass im Wert von 75 Euro im Monat für das letzte Kindergartenjahr für kontraproduktiv und aus „fiskalischen Gründen“ auch für problematisch halte. „Aber da hat die CDU Wert darauf gelegt, dass das auch entsprechend verankert wird, und dem ist eben Rechnung getragen worden.“

Das, was auf dem Papier zu lesen sei, sehe gut aus, sagt **Ingeborg Gräßle**, CDU-Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der Frauen-Union Baden-Württemberg. Sie spricht von einem fairen Vertrag, in dem sich beide Parteien wiederfinden. Er enthalte viele Schnittmengen: „Es ist ja nicht so, dass alles, was die Grünen wollen, falsch ist, aber es wäre schön,

wenn die Grünen dieses Mal nachhaltiger wirtschaften würden als das letzte Mal“, so Gräßle. „Im nächsten Schritt ist es nun wichtig, dass die Regierungsmitglieder das auch so umsetzen, wie es ausgemacht ist.“ Sie sieht nun auch eine Chance für die Frauen in der CDU: „Unser Spitzenkandidat hat die Zusage gemacht, 50 Prozent der CDU-Ministerien mit Frauen zu besetzen, wenn wir an die Regierung kommen. Jetzt sind wir in der Regierung, dann soll das bitte auch eingelöst werden.“ Es sei eine Frage der Glaubwürdigkeit und ein Zeichen, um den „Erneuerungswillen“ der Partei unter Beweis zu stellen. Nach den Wahlunterlagen müsse sich die CDU erneuern. Das heiße: neue Gesichter und mehr Frauen. „Die CDU muss weiblicher werden, sie muss bunter werden“, so Gräßle. „Sonst kommen die, die schon 2011 im damaligen Verlierer-Kabinett saßen, wieder zum Zuge - das kann es nicht sein.“



Jürgen Filius

Der Sigmaringer Bundestagsabgeordnete **Thomas Bareiß**, Bezirkschef der CDU Württemberg-Hohenzollern, betont indes, dass über Personalien noch nicht abschließend sei. „Jetzt schauen wir mal, was in den kommenden Tagen passiert.“ Zum Koalitionsvertrag sagt er: Es seien intensive Wochen und harte Arbeit gewesen. „Aber wir haben eine gute Basis für die nächsten fünf Jahre gefunden“, so Bareiß. „Die Bauchschmerzen werden nicht ganz weggehen, für uns als CDU ist die Rolle als Juniorpartner nicht einfach. Aber wir wollen in dieser Regierung etwas gestalten, wir wollen Baden-Württemberg voranbringen.“



Ingeborg Gräßle

Das, was auf dem Papier zu lesen sei, sehe gut aus, sagt **Ingeborg Gräßle**, CDU-Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der Frauen-Union Baden-Württemberg. Sie spricht von einem fairen Vertrag, in dem sich beide Parteien wiederfinden. Er enthalte viele Schnittmengen: „Es ist ja nicht so, dass alles, was die Grünen wollen, falsch ist, aber es wäre schön,



Thomas Bareiß

Das, was auf dem Papier zu lesen sei, sehe gut aus, sagt **Ingeborg Gräßle**, CDU-Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der Frauen-Union Baden-Württemberg. Sie spricht von einem fairen Vertrag, in dem sich beide Parteien wiederfinden. Er enthalte viele Schnittmengen: „Es ist ja nicht so, dass alles, was die Grünen wollen, falsch ist, aber es wäre schön,